ZECK das info aus der roten flora

Nr. 91 | August/Sept 2000





ein mittel, um menschen, die per flugzeug abgeschoben werden ruhigzustellen. fesseln, knebel, integralhelm »zum selbstschutz« jener, die den bgs-beamt/innen widerstand leisten. letztes todesopfer: aamir ageep, flug frankfurt/main – katmandu, 25. mai 99

abschiebung war schon zu oft mord – kein mensch ist illegal

ein mittel, um menschen, die per flugzeug abgeschoben werden ruhigzustellen. fesseln, knebel, integralhelm »zum selbstschutz« jener, die den bgs-beamt/innen widerstand leisten. letztes todesopfer: aamir ageep, flug frankfurt/main – katmandu, 25. mai 99

abschiebung war schon zu oft mord – kein mensch ist illegal

fasten your seatbelt

fasten your seatbelt



Lufthansa







ein mittel, um menschen, die per flugzeug abgeschoben werden ruhigzustellen. fesseln, knebel, integralhelm »zum selbstschutz« jener, die den bgs-beamt/innen widerstand leisten. letztes todesopfer: aamir ageep, flug frankfurt/main – katmandu, 25. mai 99

abschiebung war schon zu oft mord – kein mensch ist illegal

ein mittel, um menschen, die per flugzeug abgeschoben werden ruhigzustellen. fesseln, knebel, integralhelm »zum selbstschutz« jener, die den bgs-beamt/innen widerstand leisten. letztes todesopfer: aamir ageep, flug frankfurt/main – katmandu, 25. mai 99

abschiebung war schon zu oft mord – kein mensch ist illegal

fasten your seatbelt

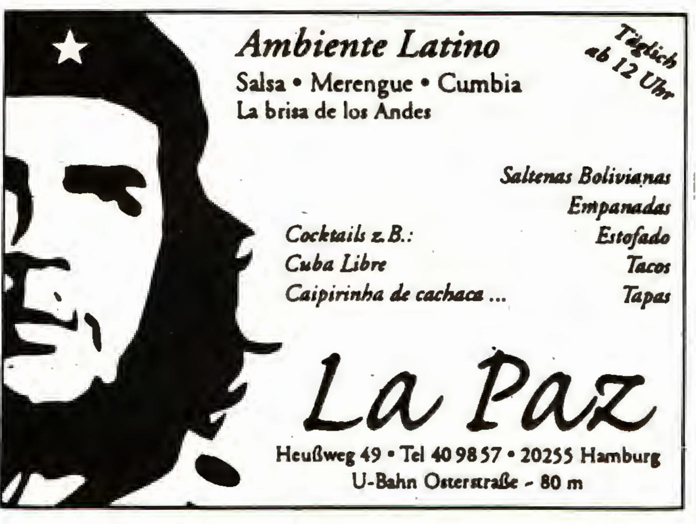
fasten your seatbelt











donnerstags (das projekt sterben) &
freitags (töser bag)
KNEIPE

mittwochs (mit fortsetzung der antirassistischen frühstücksreihe) ab 16 uhr
CAFE



der kneipen-/caferaum kann von allen zu veranstaltungen genutzt werden. der gewinn geht an cafe & buch zwecks schulden-weg.

17 Uhr Veranstaltung mit Film und Diskussion im Hinterzimmer

impressum

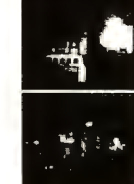
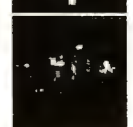
V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis Word 98 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

inhalt

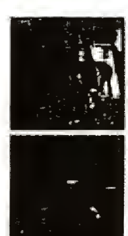
Inhalt



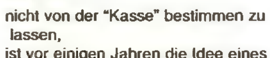
Das Stadtteilzentrum Rote Flora ist aus dem Widerstand gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen der Stadt Hamburg, vor allem aber aus dem Widerstand gegen das "Phantom der Oper", gewachsen. Die Flora ist seit dem 1. November 1989 rot und besetzt. Seit nunmehr zehn Jahren wird ein Teil der Räume kontinuierlich genutzt, z.B. die Siebdruckerei, die Motorradselbsthilfe, das Atelier, der Sport- und Theaterraum, das Archiv für soziale Bewegungen, die Foodcoop, mehrere Übungsräume für Bands...Andere Räume stehen unterschiedlichen politischen Gruppen für ihre Arbeit zur Verfügung. Im November 96 hat ein Großbrand nahezu den ganzen ersten Stock zerstört und den Rest verwüstet. Seitdem wurde das gesamte Gebäude mit der oft tatkräftigen Hilfe vieler UnterstützerInnen soweit instandgesetzt, daß alle Räume wieder nutzbar sind. Doch gibt es noch unendlich viel zu tun, nicht selten mangelt es an finanziellen und handwerklichen Möglichkeiten.

Rote Flora






In der Roten Flora geht es um politische Streitkultur und den Versuch, dem herrschenden Konsens von Rassismus, kommerzieller Verwertung und patriarchaler Gewalt etwas entgegenzusetzen - ohne kulturpolitische Richtlinien von oben. Dazu treffen sich Leute aus diversen Szenen, mit unterschiedlichsten Vorstellungen. Politische Standpunkte lassen sich hier entwickeln, spitzen sich zu und politisches Handeln wird möglich.



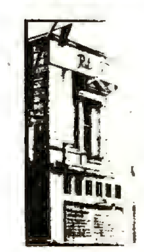
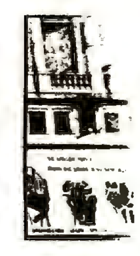

Die Flora finanziert sich hauptsächlich aus den Einnahmen der Kulturveranstaltungen(Konzerte,Theater, Discos, etc.)Das reicht bei den bewußt niedrigen Eintrittspreisen aber nicht aus, um neben den Unterhaltskosten des Hauses auch noch notwendige Sanierungsmaßnahmen durchführen zu können. Um aber Gegenkultur nicht unmöglich zu machen, sprich unsere Ideen von Gegenkultur

d e s h a l b . . .

nicht von der "Kasse" bestimmen zu lassen, ist vor einigen Jahren die Idee eines Fördervereins entstanden. Wir wollen versuchen, wenigstens die Betriebskosten und vielleicht sogar einen Teil der Instandsetzung durch einen Förderverein abzudecken.

Viele fragen uns und sich, warum wir uns nicht vom Senat finanzieren lassen. Dagegen sprechen zwei Gründe.Da die Rote Flora besetzt ist, besteht gar nicht die Möglichkeit, regelmäßige Gelder zu bekommen. Zweitens denken wir, daß die Verhandlungen 92/93 mit dem Senat deutlich gemacht haben, daß unsere finanzielle Abhängigkeit immer wieder genutzt werden würde, um uns zu erpressen. Deshalb ist es wichtig, daß wir auf eigenen Füßen stehen, um damit die Idee der Roten Flora weiter möglich zu machen. Es gibt in der Flora keine bezahlten Stellen, alle Einnahmen fließen ins Haus. Und damit das so bleibt,fülle den rückseitigen Coupon aus und schicke ihn an die Rote Flora.

Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Wir machen weiter

Hiermit erkläre ich mich bereit, dem Verein Flora e.V für seine gemeinnützigen Zwecke einen regelmäßigen Förderbeitrag zu zahlen

Mein Förderbeitrag beträgt DM monatlich (zum 15.)

Die Fördermitgliedschaft ist jederzeit kündbar.

Name:

Anschrift:

Tel.(freiwillig):

Datum, Unterschrift:

Zahlungsweise: • Dauerauftrag • Einzugsermächtigung

Ich möchte eine Spendenbescheinigung (bitte nur wenn unbedingt nötig)

Zahlungsempfänger:
Verein Flora e.V.
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Konto:
Flora e.V.
KtoNr. 12207608
BLZ 201 900 03
Hamburger Bank von 1861

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verein Flora e.V. widerruflich, die von mir entrichteten Zahlungen für Förderbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

KtoNr.______

KontoinhaberIn______

bei (Geldinstitut)______

BLZ______

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist,besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung

______
Name

______
Anschrift

______
Ort, Datum, Unterschrift



Zur Gedenkfeier am 20. Juni 2000 in Wuppertal

Die Gedenkfeier gegen die Schändung der KZ Gedenkstätte Kemna wurde überschattet von einem Angriff der rechten Szene. 15 mit Steinen, Knüppeln uns CS-Gas bewaffnete Faschisten haben eine kleine Gruppe von AntifaschistInnen und ehemaligen WiderstandskämpferInnen angegriffen. Die anwesende Polizei interessierte sich dabei mehr für die Observation der AntifaschistInnen als für den Schutz der Veranstaltung. Die festgenommenen Nazis wurden zu 7 Monaten verknackt.

Prozeße wegen Schanzenviertelaktionstag '99

Am Mittwoch den 20.9.2000 beginnt um 9Uhr im Sitzungsraum 292, 1. Stock, Strafjustizgebäude Sievekingplatz 3 der Prozeß gegen drei Genossen, denen im Zusammenhang mit dem Schanzenviertelaktionstag 1999 zur »Aufrechterhaltung störender Zustände« Landfriedensbruch und Widerstand vorgeworfen wird. Es ist mit mehreren Verhandlungstagen zu rechnen. Achtet auf aktuelle Ankündigungen. Mehr dazu findet auch im Artikel Schanzenaktionstage 2000.

Nazi-Aufmarsch in Altona verkürzt

Die inzwischen notorische Politik der Nazis, alle paar Wochen Aufmärsche in den Innenstädten anzumelden, bei denen dann unter großem Polizeischutz eine meist recht kleine Gruppe von Nazis unter großer Beachtung der Medien rassistische und faschistische Parolen brüllend durch die Straßen laufen, ist am 8. Juli in Altona zum ersten Mal seit längerer Zeit nicht mehr aufgegangen.
Nachdem am Samstag zuvor ein Info-Stand der NPD in der Altonaer Fußgängerzone von AntifaschistInnen abgebaut worden war und die Nazis in wilder Flucht in der nahegelegenen Post Schutz suchen mussten, hatte die NPD für den 8. Juli eine Demonstration durch Altona angemeldet.
Am Samstag Morgen sah dann zuerst auch alles nach einer Wiederholung des inzwischen sattsam bekannten Szenarios aus. Die ersten 70 DemonstrantInnen wurden am Platz der Republik nach einem brutalen Knüppeleinsatz eingekesselt, festgenommen und in Gefangenenbussen abtransportiert. Währenddessen hatte sich ein Großaufgebot der Bullen an der geplanten Marschroute der Nazis aufgestellt. Unter Polizeischutz wurden die ca. 150–200 Nazis dann von den Bullen mit der S-Bahn zur Station Königstraße gefahren, von wo aus sie erst einmal unbehelligt die Pamaille herauf bis zum Altonaer Rathaus marschieren konnten.
Die verwinkelten Straßen und vielen Hinterhöfe Altonas trugen allerding dazu bei, dass es zahlreichen DemonstrantInnen trotz des großen Bullenaufgebots gelingen konnte, direkt hinter den Nazis ebenfalls auf die Pamaille zu kommen, so dass schließlich vor und hinter dem Aufmarsch der Nazis eine größere



Anzahl von GegendemonstrantInnen standen. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde langsam klar, dass der Nazi-Aufmarsch nicht, wie leider inzwischen üblich, ungehindert stattfinden werden könnte, da überall auf der geplanten Route der Nazis mehr oder weniger große Gruppen von AntifaschistInnen standen und die Bullen somit den Nazis den Weg tatsächlich hätten freiprügeln müssen. Über eine Stunde lang bewegte sich dann gar nichts. Die Nazis standen umringt von mehreren Ketten Bullen in der Pamaille kurz vor dem Rathaus und lasen ihre Redebeiträge ohne Publikum ab. Und in der Pamaille hatten sich inzwischen ca. 1500 GegendemonstrantInnen eingefunden. Die Situation veränderte sich erst, als die Bullen in der Pamaille massiv Wasserwerfer und Räumpanzer auffuhren und gegen die DemonstrantInnen in Stellung brachten. Zu diesem Zeitpunkt sah alles erst einmal so aus, als wollten die Bullen doch noch mit Gewalt den Naziaufmarsch durchsetzen. Als allerdings der Wasserwerfereinsatz begann, wurde schnell deutlich, dass der Bullenführung offensichtlich nicht an einer wirklichen Eskalation der Situation gelegen war. Die Wasserwerfer spritzten hauptsächlich hoch in die Luft und in die Bäume, so dass die DemonstrantInnen zwar an diesem warmen Sommersamstag nass, aber nicht verletzt wurden.
Nachdem klar wurde, dass es über die Pamaille kein Durchkommen gäbe, haben die Bullen daraufhin die Nazis – in einem zugegebenermaßen geglückten taktischen Schachzug – in die Gegenrichtung über die Königstraße auf dem schnellsten Weg zurück zur S-Bahn eskortiert und damit den Nazi-Aufmarsch vorzeitig beendet.
Insgesamt ist es in Altona nach den desaströsen Abläufen der letzten Male zum ersten Mal seit langer Zeit gelungen, den Nazi-Aufmarsch zumindest teilweise zu verhindern und die Nazis nicht auf der von ihnen gewollten Route ungestört marschieren zu lassen. Sicherlich ist dies nicht allein das Verdienst der DemonstrantInnen, denn der sehr »vorsichtige« Wasserwerfereinsatz lässt wohl darauf schießen, dass die Bullen tatsächlich wohl eher einen Vorwand suchten, um behaupten zu können, sie könnten den Aufmarsch nich durchsetzen.
Die Nazis haben immerhin, im Gegensatz zu den vorherigen Aufmärschen, alle Hinweise auf den Aufmarsch schon kurz nach dem Ereignis von ihrer Internetseite entfernt, während sie bei den Malen davor sich in großsprecherischen Erfolgsmeldungen ergangen haben.

Der autonome Demobeobachter

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen

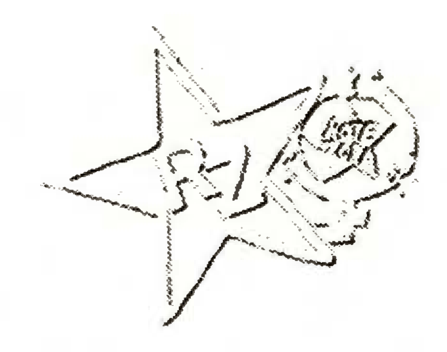
Brandanschlag auf Neonazianwesen Tobau in NMS

Auf dem Neonazianwesen der Baufirma Tobau der Brüder Tobien in der Kieler Straße 275 in NMS wurde in der Nacht vom 20./21.06.00 drei Brandsätze gezündet.
Dieser flammende Gruss zur Sonnenwendfeier der Nazis in Norddeutschland soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verbindung zwischen dem Club 88, der Firma Tobau sowie auf die norddeutsche Szene lenken.
Durch Beobachtungen ist bekannt, was für Personen und Autos aus der rechten Szene das Tobau-Gelände ansteuern. Darunter sind namenhafte Nazis, die diverse Aufmärsche der sog. Freien Kameradschaften organisieren.
Auf dem Tobauwesen ist ein weiterer Treffpunkt der norddeutschen rechten Szene entstanden.
Rechte Strukturen angreifen

Autonome Antifaschistische Zelle

Zur Geschichte der RZ

Veranstaltung am 7.9. 20 Uhr in der Flora



Die Revolutionären Zellen und die Rote Zora waren sicherlich diejenigen militanten Organisationen, deren Aktionen bei den Autonomen auf die größte Sympathie gestoßen sind. Sicherlich spielte dabei der Bezug der RZ auf die Bewegungen und Kämpfe eine wichtige Rolle, der diesen militanten Ansatz wohltuend von der Avantgardepolitik, wie sie die RAF betrieb, absetzte.
Sieben Jahre nachdem die verschiedenen Fraktionen der RZ in einer öffentlichen Debatte die Perspektive ihrer Politik diskutiert haben, und bei der ein Teil zu dem Schluss gekommen ist, diese Politik in ihrer bisherigen Form nicht mehr weiter zu betreiben, haben eine ganze Reihe von Verhaftungen die RZ wieder ins Rampenlicht geholt. Dabei werden aufgrund von Aussagen ehemaliger RZler inzwischen 10 Personen Aktionen aus ganz unterschiedlichen Abschnitten der Geschichte der RZ vorgeworfen.
Aber wie sah eigentlich diese Geschichte aus? Welche Politik hat die RZ seit den 70ern verfolgt. Worum ging es und welche Diskussionen gab es im Lauf der Jahre? Nicht zuletzt um die Geschichtsschreibung nicht der Bundesanwaltschaft zu überlassen, wird es am 7.9.00 in der Roten Flora eine Veranstaltung zu Geschichte der RZ geben. Auf dem Podium sitzen Klaus Viehmann und Stefan Wisniewski, die selbst in verschiedenen Fraktionen der Stadtguerilla die Geschichte der militanten Opposition mitgestaltet haben. Außerdem wird ein kurzer Videofilm mit einem Interview mit dem ehemaligen RZ-Mitglied Enno Schwall gezeigt werden.

WiderStandOrt: Prag

September: Tagung von IWF und Weltbank in Prag

Vom 26.–28. September findet in Prag das »Jahrestreffen« des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank statt. Natürlich sind wir mit unserem linken Selbstverständnis dagegen – und natürlich gibt es Gründe.
Beide Organisationen wurden 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods gegründet, auf der die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit festgeklopft wurde. 176 Staaten sind Mitglieder beider Organisationen. Das Stimmrecht auf den Jahrestreffen richtet sich nach der Höhe der Einzahlung, so dass die 5 reichsten Länder über fast 40% der Stimmen verfügen. Auf dem Jahrestreffen wird die Politik der nächsten 12 Monate festgelegt. In Prag wird es voraussichtlich um »Entschuldungsprogramme« und interne Reformen gehen.
Aufgabe des IWF ist die Aufrechterhaltung der globalen Finanzarchitektur. Durch seine Kreditvergabepolitik spielte er eine unrühmliche Rolle in der Schuldenkrise der Dritten Welt in den Achtzigerjahren. Seitdem zwingt er die verschuldeten Staaten über Strukturanpassungsprogramme einen umfassenden politischen und sozialen Wandel auf, dessen Kosten der Bevölkerung überlassen werden. Die Stichworte hierzu lauten Deregulierung, Privatisierung und Abbau des Sozialwesens.
Aufgabe der Weltbank ist unter anderem die Vergabe projektgebundener, günstiger Kredite. Häufig handelt es sich dabei um Großprojekte wie z.B. Staudämme, die vor allem dem internationalen Kapital zugute kommen. Die Weltbank verkörpert ein westlich orientiertes Entwicklungsdenken, das auf dem Glauben an Wirtschaftswachstum und Kapitalismus beruht. In der Chefetage der Weltbank sitzen die Vordenker, die dieses Modell weltweit propagieren und durchzusetzen versuchen.
IWF und Weltbank präsentieren sich als verantwortungsbewusste Organisationen, die aus ihren Fehlern gelernt hätten. Angeblich dient ihre Politik dem Zweck, Armut zu bekämpfen und den Wohlstand zu mehren. Solcher Rhetorik zum Trotz: IWF und Weltbank sind tragende Säulen des kapitalistischen Herrschaftssystems und tragen bei zu sozialer und ökonomischer Spaltung. Wir halten sie für nicht reformierbar.
Vom 21. bis 28. September wird es in Prag vielfältige Aktionen geben. Der 26. September ist global action day! An diesem Tag soll überall auf der Welt Protest auf die Straße getragen werden. Wir rufen Euch alle dazu auf, Euch in kreativer Weise einzubringen – in Prag, in Hamburg oder wo auch immer.

Wir? Wer sind wir?

Wir sind eine neugegründete Gruppe aus dem Flora-Umfeld. Wir beschäftigen uns mit Fragen von Weltwirtschaft(sordnung), Kapitalismus, Neoliberalismus. Wir erklären uns solidarisch mit verschiedenen emanzipatorischen Gegenbewegungen weltweit. Allerdings haben wir etwas gegen patriarchale Strukturen und nationalistische Globalisierungsgegner.
Für alle, die mehr über IWF/Weltbank und über Prag wissen wollen oder an Mitarbeit interessiert sind, gibt´s in der Roten Flora am

Dienstag 5. September 20 h

Die Info- und Mobilisierungsveranstaltung !
In der nächsten Zeck soll noch ein ausführlicherer Text zu IWF und Weltbank stehen.

I.N.Ka.K.
(Institut für nachhaltige Kapitalismuskritik)
Kontakt: c/o JUMP, Postfach 30 61 37, 20327 Hamburg, Tel. 40 18 79 01, Fax 40 18 79 03, e-mail I.N.Ka.K.@gmx.de

Termine:

- 10.-21. September Fahrradkarawane von Hannover nach Prag (Auftakt 9. September) Kontakt: 0170-3418814, karawane@mail.nadir.org
- 21.-28. September Aktionswoche und Camp
- 21.-28. September Kulturfestival „Art of Resistance„ 22.-24. September Gegengipfel
- 23. September Demo der kommunistischen/sozialistischen Parteien und Organisationen
- 24. September Abschlussdemo des Gegengipfels
- 26-28. September IWF/Weltbank-Gipfel
- 26. September global action day (überall) Info: http:\\x21.org/s26

Kontakte:

Webseiten:
deutschsprachig: go.to/prag-2000
www.freespeech.org/inter
www.von-unten.org/
englisch: inpeg.ecn.cz www.agp.org/agp
Mailinglisten:
eintragen durch leere mail an prag2000-de@egroups.com (deutschsprachig)
antiimf2000-subscribe@egroups.com (englisch)

Lieber Scheiße am Schuh, als Scheiße im Hirn...

Die wackeren AktivistInnen der Roten Flora können einem manchmal leid tun. Seit Jahr und Tag reden sie sich auf Veranstaltungen und Kundgebungen den Mund fusselig, schreiben Flugblatt um Flugblatt, um über die Situation im Stadtteil aufzuklären. Ausarbeitungen zu repressiven Polizeistrukturen und ihren rassistischen Einsatzkonzepten, der Zusammenhang von „Law and Order"-Parolen und sozialer Ausgrenzung, die Zonierung des öffentlichen Raumes für die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft zulasten von „Minderheiten", die Verknüpfung der Debatte um Sicherheit mit der Formierung eines aggressiven Konsens gegen alles vermeintlich „Abweichende", es füllt schon ganze Stehordner und hat mehr als broschürenhafte Ausmaße angenommen. Aber wozu das alles, denn es scheint nur auf taube Ohren gepaart mit kollektiver Blödheit zu stoßen. Hinweise für eine Dialektik der Aufklärung der ganz unvermuteten Art häuften sich gerade wieder in den letzten Wochen.



Da ist zum Beispiel Martin Elbl, der für die STEG das Sanierungsgebiet rund um die Rote Flora (die STEG spricht von der „Alten Flora") betreut. In der Sommerausgabe der „STEG-Quartiersnachrichten" versucht er sich als Leitartikler und analysiert die Stadtteildebatte um Sauberkeit im Schanzenviertel. Dabei betrachtet er das Problem ziemlich bodenständig. Er kann einfach nicht verstehen, wieso denn irgendjemand das freundliche Ansinnen um mehr Sauberkeit im Quartier als reaktionären Ausgrenzungsdiskurs (so hat er's natürlich nicht geschrieben...) denunzieren könne. Hundescheiße: angesichts dieser drängenden Problematik könne doch nun wirklich nichts schlimmes daran sein, sich für mehr Sauberkeit einzusetzen. Sogar die im Stadtteil lebenden Kinder hätten in einer Umfrage die Vermüllung auf den Straßen beklagt: von wem sie das wohl gehört haben...? Der soziale Autismus ist also schon so weit fortgeschritten, daß Hundescheiße eben das größere Problem ist und nicht die neben ihr liegenden verreckenden Junkies Anlaß für emotionale Aufwallungen. Und statt zumindest für die elementaren Bedürfnisse der beispielsweise sich an der Flora aufhaltenden DrogenkonsumentInnen durch eine Verbesserung von Angeboten etwas zu tun, beteiligt sich Elbl und sein Arbeitgeber an der Diskussion um die Verlegung des Fixsterns weg aus dem Schulterblatt: Stimmt, nicht nur der Anblick von Hundescheiße ist ein Problem, die tägliche Präsenz von Verelendung und Armut ist offensichtlich genauso eine Zumutung. Aber das entspricht dem Stil der Stadterneuerung, wie sie die STEG seit 1990 zum Prinzip erhoben hat: mit vermeintlich an den Stadtteilbedürfnissen orientierten Sandkastenspielen, wie der Planung einer sogenannten „Piazza" an der „Alten" Flora Bürgerbeteiligung suggerieren; mit Initiativen wie den „Schanzenkickern" soziale Probleme kaschieren (wozu bitte gibt es eigentlich eine Stadtreinigung?) und mit dem als Stadtteilzentrum (!!!) geplanten „Schlachthof" Unfähigkeit demonstrieren. Buiseness as usual...

Aber auch die HH 19 reiht sich mit ihrer Sommerschwerpunktausgabe zum Multimediaboom im Schanzenviertel in die Riege der analytischen Beckenrandschwimmer ein. Mit Belustigung – so erfahren wir im Editorial von Günter Frech – könne er sich an ein launiges Flugblatt der Roten Flora über die „offene Koffeinszene" erinnern, aber eigentlich empfinde er die damit charakterisierten jungen Menschen der Multimediabranche als Bereicherung für den Stadtteil. Haha, Herr Frech, nur blöd, daß er entweder an Alzheimer leidet (schade, aber kann er nix für) oder an politischer Ignoranz (auch schade, aber voll daneben!). Denn dann könnte er sich an den gesamten Kontext des Flugblatts erinnern, dann könnte er wissen, daß es beim damaligen Stadtteilaktionstag vor allem um die Thematisierung von Ausgrenzung und Rassimus ging. Und daß die bereichernden jungen Menschen Teil einer Strategie der sozialen Durchmischung, des gegeneinander Ausspielens von Interessen und der gezielten Veränderung des Quartiers als Teil der Hamburger Standortpolitik mit all ihren sozialen Deformationen sind. Das muß man den jungen Menschen ja nicht persönlich zum Vorwurf machen, aber über ihre faktische Schrittmacherfunktion in diesem Prozeß, davon ist selbstverständlich in der Schwerpunktausgabe der HH 19 keine Silbe zu lesen. Deswegen fällt natürlich kein Wort darüber, daß solche launigen Flugblätter sogar in der Konsequenz zu Prozessen führen können, in denen sich die so kriminalisierten Menschen dann mit Anklagen wegen Landfriedensbruch herumschlagen müssen.

Das leitet über zum jüngsten Schwachsinn, dem sich RotfloristInnen öffentlich ausgesetzt sehen: Karl-Heinz Ehlers, Bürgerschaftsabgeordneter der CDU, macht maßgeblich den „roten Terror" von u.a. FloristInnen für die faschistischen Morde und Pogrome verantwortlich. „Ist nicht der Terror der Roten Flora ursprünglicher als die durch orientierungslose junge Einzeltäter Ermordeten" könnte also in Abwandlung der berühmten These des Historikerstreiks aus den 80er Jahren die griffige These von Karl-Heinz Ehlers-Nolte lauten. Man weiß gar nicht so recht, ob man sich über so etwas aufregen sollte oder nicht besser Mitleid am Platze wäre.

Bezogen auf den Stadtteil sollte sich die Rote Flora jedenfalls überlegen, ob sie den alten nicht abschafft und sich einen neuen wählt...

Der Kontaktbereichsautonome

Schanzenaktionstage

zur Aufrechterhaltung störender Zustände im September 2000

Vielleicht ist es eine hübsche Abwechslung, eine Kritik der fortdauernden Alltäglichkeit von Ausgrenzung und Vertreibung im Schanzenviertel mal eher bildhaft einzuleiten...:
Ungeachtet diverser Aktivitäten, der rassistischen und sozialhygienischen Mobilmachung dieses Stadtteiles etwas engegenzusetzen, zieht eine Karawane aus Polizei, Stadtentwicklungs-Strategen und Gewerbetreibenden zusammen mit ihrem lokalpatriotischen Fußvolk unbeirrbar ihrer Wege durch die gesellschaftliche Wüste! Das Ziel dieser Reise soll die sagenumwobene „Standort-Oase" sein, von deren Pracht die alten und neuen Märchen der kapitalistischen Mythologie erzählen. Mit ignoranter Selbstgenügsamkeit und zynischer Gelassenheit werden auf diesem Marsch all diejenigen abgeschüttelt, denen die Kraft fehlt, das Tempo zu halten! Und als Ketzer werden jene verfolgt, die am Sinn der Reise zweifeln oder sich diesem gespenstischen Zug gar in den Weg stellen...
Die Situation ist im Wesentlichen unverändert: Damit allerorten ungestört an der rosigen Zukunft der „Schanzenviertel-AG" gebastelt werden kann, macht die Polizei ungestört Jagd auf die sog. „offene Drogenszene"! In rassistischer Manier werden Menschen schwarzer Hautfarbe durch die Straßen gehetzt, kontrolliert, verhaftet und verfrachtet(...), während gleichzeitig der Mythos vom „toleranten und alternativen Stadtteil", einem kollektiven Wahn ähnlich, vielen dazu dient, die Wahrnehmung der alltäglichen Brutalität in den Straßen des Viertels zu verweigern.
Hinter der Fassade wohlklingender („Quartiers-Management", „SternChance", „Standpunkt.Schanze") und eher altbackener Vereinsnamen (STEG, Polizei, 9er- und 6er-Gremium) wird sich um eine halluzinierte „Bedrohung" der Schanze gesorgt und der treuen Fangemeinde baldige „Rettung" versprochen. Im Abwehrkampf gegen Müll, Drogenabhängige, Obdachlose und sonstige Standortnachteile konnten so zuletzt große Erfolge verbucht werden... Eine neue Selbstverwirklichungs-Oase im Schanzenpark, zentrale Messeanbindung für eine goldene Zukunft am Puls der Zeit und ein Durchbruch in der zentralen Frage des Koffein-Konsums unter freiem Himmel: Die Piazza kommt und für den Fixstern läßt sich dann bestimmt endlich auch noch ein alternatives Plätzchen finden...
Es ist nur schwer zu ertragen, daß die meisten AnwohnerInnen das ganze Geschwätz eher mit gläubiger Ehrfurcht oder Zustimmung, statt mit Gelächter oder Kritik quittieren! Während der Stadtteil zunehmend in ein Shopping- und Vergnügungsparadies zahlungskräftiger Ego-Klone umgewandelt wird, lassen sich viel zu viele an den „runden Tischen" in die schauerliche Selbstinszenierung des „Rechts des Stärkeren" einbinden. Indem die Viertelvolksgemeinschaft an ihren „runden Tischen" ihre Illusionen auf dem Rücken der Schwächsten dieser Gesellschaft aufbaut, wird sie zur Avantgarde der sich überall anbahnenden gesellschaftlichen Barbarei! Als Prototyp einer Gesellschaft, in der sich möglichst viele die Finger schmutzig machen können sollen, ist sie in diesem Land so neu allerdings nicht...- auch vor diesem Hintergrund gehört sie deshalb bekämpft!
Wie schon in den letzten beiden Jahren wird es daher auch in diesem Jahr einen bescheidenen Versuch geben, die Besinnungslosigkeit eines etablierten menschenverachtenden Alltags wenigstens für eine kurze Zeit aufzubrechen! Angeknüpft werden soll dabei an die „Informationstage gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung" vom September `97, den „Stadtteilaktionstag gegen Rassismus, Sicherheitswahn und staatliche Drogenpolitik" vom Februar `99, an die diversen Öffentlichen Stellungnahmen der „Roten Flora" und an verschiedene sonstige Aktivitäten, in denen die Kritik an der polizeilichen Vertreibungspraxis auf die Straße getragen worden ist...
Im Rahmen einer kleineren Kampagne werden zeitlich komprimiert verschiedene Veranstaltungen, Aktionen und sonstige Happenings stattfinden, mittels derer ein unversöhnlicher Blick auf die Zustände im Schanzenviertel vermittelt werden soll! Ausgehend von der Solidarität mit denjenigen, die der vermeintlichen „Attraktivität" dieses Stadtteils im Wege stehen, wird zum wiederholten Male die Kritik an staatlicher Drogenpolitik, enthemmter Stadtentwicklung und wahnhaftem Viertelpatriotismus im Mittelpunkt stehen! Dabei wird versucht werden, sowohl aktuelle Entwicklungen aufzugreifen, als auch die grundlegende Kritik an Rassismus, Drogen-Hysterie und „innerer Sicherheit" auf neuen Wegen in die öffentliche Diskussion zu bringen! Die genauen Termine und weitere Informationen dazu werden Anfang September veröffentlicht.
Zeitlich in diese Kampagne eingebettet wird in Hamburg am 20.9.00 vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen drei Menschen stattfinden, die sich während des Aktionstages vom Februar `99 vermeintlich etwas zu forsch polizeilicher Willkür widersetzt haben sollen! Aus der verbalen Unterstützung eines mit Presseausweis ausgewiesenen Dokumentationsteams, welches sich der demonstrativ provokanten Beschlagnahmung ihres Filmmaterials durch eine Sondereinheit der Polizei zu erwehren versuchte, wurden in altbekannter Manier Anklagen wegen „Widerstand" und „Landfriedensbruch" konstruiert. Vor diesem Hintergrund hat die Kampagne daher auch die Funktion, den Betroffenen Unterstützung zu signalisieren und deutlich zu machen, daß sich der Widerstand gegen die geplante „saubere" Schanzen-Idylle keinen Maulkorb verpassen lassen wird!

SCHAUT NICHT WEG,
GREIFT EIN GEGEN RASSISTISCHE KONTROLLEN !!!
OFFENE GRENZEN UND BLEIBERECHT FÜR ALLE!
FREIGABE ALLER ILLEGALISIERTEN DROGEN!



gefährliche orte – wir geh´n hin!

Ins **Schulterblatt** soll eine Piazza – das meint zumindest die STEG und die von ihr initiierte „AG Umgestaltung Schulterblatt". Der Fixstern soll in die Lagerstraße – das meint die Gewerbetreibenden-Lobby „Standpunkt Schanze". Gegenüber der Flora sollen noch mehr schicke Kneipen angesiedelt werden – meint die Handelskammer; die Flora darf bleiben – wenn die Polit-Chaoten gehen. Das „Bar Projekt" erweitert sich zum „Café ohne Namen", und deren Betreiber meinen „Wir sind keine Rassisten und wollen auch keine werden. Aber unsere Wut wächst" – so hieß es zwar bald „Café ohne Scheiben", geändert hat sich aber nichts.

Durch die Susannenstraße geht kein Schwarzer mehr ohne Personalienkontrolle. Auf dem **Knochen Susannen-/Bartelsstraße** werden in regelmäßigen Abständen in Begleitung von Fernsehteams Großrazzien gegen „die Drogenszene" gefahren – immer mit Erfolg: auch wenn meistens keine oder nur geringfügige Mengen Drogen gefunden werden, werden doch jedes Mal etliche „mutmaßliche Drogendealer" festgenommen – die Bilder von festgenommenen Schwarzen im Fernsehen sind eindeutig.

In der **Altonaer Straße** kann ein „Afrikazentrum" für afrikanische Jugendliche durch die Eltern der Schüler der Schule Altonaer Str. verhindert werden – „Wir wollen keine Dealer auf dem Schulhof". In der **Schanzenstraße** formiert sich das aufstrebende DenunziantInnentum mit Videokameras und Unterschriftenlisten als AnwohnerInnen-Initiative – die Polizeiwache Sedanstraße stellt die zugehörige TASK-FORCE.

Auf den **Sternschanzenbahnhof** sind die BeamtInnen vom Bundesgrenzschutz in ihren Einsätzen nicht mehr beschränkt: Durch eine neue Verordnung können sie gemeinsam mit ihre KollegInnen von der Polizei in den Straßen des Schanzenviertels die Grenzen des Rechtsstaates schützen, und „gewerbsmäßige Dealer" aufspüren und dingfest machen – und das sind seit neuestem alle, die 3-4 mal mit geringen Mengen illegalisierter Drogen angetroffen wurden bzw. beim Annehmen von „Drogengeld" oder beim „Herunterschlucken" beobachtete wurden.

In der **Lagerstraße** wird der Schwarzafrikaner Alimang S., nachdem er dorthin von zwei Zivilfahndern verschleppt wurde, von fünf Polizeibeamten geknebelt, geschlagen und mißhandelt – kein Ausrutscher, sondern nur die Zuspitzung alltäglicher Polizeiarbeit.

Reclaim-the-Locations-Move
Demonstrativer Umzug mit klassischer Agitation

Samstag, 16.9.2000
12 Uhr vor der Roten Flora

Veranstaltung am 9.9.2000 um 20 Uhr in der Flora

„Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn"

In Leipzig, Dresden und Stuttgart läuft zur Zeit ein Modellprojekt der Kameraüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze durch die Polizei. Dies ist eine Fortsetzung der schon seit langem stattfindenden Videoaufzeichnungen in privatisierten Räumen wie Geschäften, Bankgebäuden, Tankstellen oder Bahnhöfen. In diesem Zusammenhang wurde der Begründungszusammenhang weiter ausgedehnt. Standen zu Beginn die unmittelbaren Geschäftsinteressen der LadeninhaberInnen, also Vermeidung und Verfolgung von Ladendiebstahl, im Vordergrund, findet sich mittlerweile ein ganzes Konglomerat an Argumenten. Geschäftsleute formulieren das Interesse, das Umfeld ihrer Läden von all den Menschen frei zu halten, die sich nicht am akzeptierten Konsum beteiligen und mit ihrer Erscheinung angeblich die gewünschten KundInnen vergraulen, die Medien rufen nach Überwachung, wenn es um offene Drogenszenen geht, jede Demonstration wird unter Verweis auf mögliche spätere Ermittlungen abgefilmt – politisch und polizeilich fließt all dies mit ein in die Gummiargumentationsfigur der „Subjektiven Sicherheit".

Der Einsatz von Kameras suggeriert die Existenz von Gefahren im öffentlichen Raum und trägt damit zu erlebten subjektiven Bedrohungsgefühlen bei. Entsprechend ist der Einsatz von Hochsicherheitstechnologie inzwischen weitgehend akzeptiert und wird regelmäßig eingefordert. Die Erfassung persönlicher Daten mittels Chipkarten in allen möglichen Bereichen des Lebens oder Videokameras in U-Bahnen – die einen sehen darin eine Erleichterung alltäglicher Abläufe und persönlichen Schutz, für andere entfaltet sich ein gigantisches Repressionsspektrum. Gläserne KundInnen, gläserne AsylbewerberInnen – zwischen denen, die an den überwachten Orten erwünscht sind und denen, die abgeschreckt werden sollen, klafft ein Abgrund.

Dementsprechend sind die Übergänge zwischen Überwachungsstaat und Überwachungsgesellschaft fließend. Grundsätzlich richtet sich die Verwendung der Überwachungstechnologie gegen bestimmte Gruppen, dennoch bedeutet die Erhebung persönlicher Daten und die Sammlung von Filmmaterial inklusive des zunehmend freien Austauschs dieser Daten zwischen verschiedenen Stellen eine Zunahme repressiver Möglichkeiten.

Die Beobachtung eines Ortes durch Kameras produziert Unmengen an Filmmaterial, die zur Verfügung stehen, wenn rechtliche Schritte gegen die Gefilmten eingeleitet werden sollen. In erster Linie jedoch führt das Filmen zu dem Bewußtsein, immer und bei jeder Bewegung beobachtet zu werden. Das kann dazu führen, eigenes Verhalten zu verändern oder bestimmte Orte zu meiden.

Der öffentliche Raum als symbolischer und geographischer Ort des städtischen Lebens, der Kommunikation, des Handelns und der politischen Auseinandersetzungen wird mehr und mehr zum Ort der Kontrolle – im Zuge dessen werden Zugehörigkeit und Ausschluß definiert und durchgesetzt und einzelne Räume bestimmten Nutzungsarten und bestimmten NutzerInnengruppen zugeordnet.

In einer Veranstaltung mit ReferentInnen aus Leipzig soll das Thema näher betrachtet werden. Die LeipzigerInnen zeigen einen kurzen Film und erzählen dann was zu ökonomischen und ideologischen Grundlagen des Diskurses um die Innere Sicherheit, stellen Überlegungen zur Umformung von Herrschaft im Sinne eines Übergangs vom Überwachungsstaat zur Überwachungsgesellschaft vor, geben einen Einblick in verschiedene Phänomene dieser Überwachungsgesellschaft und sagen auch was zur geschichtlichen und aktuellen Bedeutung des Ganzen für die Linke.

Die Veranstaltung ist Teil der Mobilisierung für eine

Demonstration am 14. Oktober 2000
in Leipzig unter dem Motto:

Save the resistance – Demonstration gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn





Aus Anlass unseres letzten großen Einsatzes am 30.04.2000 möchten wir die Chance nutzen, Ihnen einen kleinen Einblick in unsere Arbeit zu geben. Seit 1988 steht unsere Wache für ein schlagkräftiges Team, das viel zu bieten hat. Unsere großen Leistungen der Vergangenheit:

- 1988 Gründung unserer E-Schicht mit dem Schwerpunkt auf Observierung und spezieller Behandlung der Chaoten im Schanzenviertel.
- Scheinerschießungen, Misshandlungen, Erniedrigungen, Bespucken und Prügeleien sind unser Spezialgebiet. Selbstverständlich wollen wir Ärger vermeiden, daher agieren wir gerne vermummt.
- 1993 bekamen wir Schwierigkeiten. Gleich zwei Fälle wurden aufgrund von Nierenquetschung, Gehirnerschütterung, Nasenbeinbruch und mehreren Prellungen angezeigt. Und der blöde Richter meinte: "Es muss sichergestellt werden, dass die Wache 16 kein rechtsfreier Raum wird." Dabei müsste man doch Verständnis zeigen, wenn gefrustete Beamte mal kräftig zuhauen.
- Einer unserer Kollegen wird 1994 verurteilt, weil er einen Schwarzen misshandelt hat. Da ist aber zum Glück Gras drüber gewachsen und wir haben weiterhin unseren Spaß.
- 1994 sind wir leider international ins Gerede gekommen. Amnesty international ist auf Grund von Menschenrechtsverletzungen auf uns aufmerksam geworden. Es wurden über 100 Strafanzeigen gegen Kollegen gestellt. Pfiffig wie wir sind haben wir uns umbenannt; "E" heißt jetzt "P" und tut immer noch weh.
- Kontrollieren, schikanieren, malträtieren - wir sind nicht nur in der Wache aktiv, sondern zeigen auch im Viertel Präsenz.
- 1997 wurde in Hamburg die "Polizeikommission" gegründet, um Übergriffe von PolizistInnen zu untersuchen. Die Jahresberichte werden sogar im Senat vorgelesen. Toll. Kann uns aber auch egal sein, denn
- Wichtig ist: Wir halten dicht !

Bei dem Polizeieinsatz am 30.4./1.5.2000 kam es zu gewalttätigen Übergriffen seitens der Hamburger Polizei, bei denen mindestens 50 Personen verletzt wurden. Eine Frau erlitt einen Schädelbasisbruch, es gab mehrere Knochenbrüche. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Mensch von Polizisten auf der Lerchenwache misshandelt.

V.i.S.d.P.: Wilma Zuhaun, Kleine Freiheit 16, Hamburg



Dötter, Chef der P-Schicht,
Polizeirevier 16, Lerchenwache



Lothar Strauch, Dötters rechte Hand und persönliches
Vizelümpchen, Polizeiwache 16, Lerchenwache

„This is not a justification song"

Einige Bemerkungen zu dem Papier „Ein blaues Auge bleibt selten allein" von den „drei von der Tankstelle", veröffentlicht u.a. in der Zeck 90, Interim und den Lokalberichten Hamburg.

Vorab: Grundlage dieses Schreibens ist eine Diskussion von GenossInnen, die sich in der Nacht vom 30.4. auf den 1.5. vor der Roten Flora aufgehalten haben.

Grober Abriss der Ereignisse:

Am Abend des 30.4. 2000 fand in Hamburg eine Reclaim the Streets Demo statt. Sie führte vom Bahnhof Sternschanze bis zum Dammtorbahnhof. Die Stimmung auf der Demo war gut aufgrund der für Hamburg guten Beteiligung (ca. 500 Leute) und des netten Wetters. Offensichtlich hatten auch die Cops das Event unterschätzt, es war kaum Polizei vor Ort. Nach längerem Verweilen auf der Kreuzung vor dem Dammtorbahnhof setzte sich die Menge wieder in Bewegung, die Demonstration war vorher offiziell aufgelöst worden. Auf dem eingeschlagenen Weg wurden der „Kriegsklotz" mit Farbe bedacht und ein paar Scheiben am Cinemaxxkino eingeworfen. Die Bullen hatten in der Zwischenzeit Verstärkung aufgefahren, sperrten die City ab und begleiteten die Demo. Weiter gings dann am Strafjustizgebäude vorbei und nach einem kurzen Schlagstockeinsatz bei dem etwas übermütigen Versuch vor das Untersuchungsgefängnis zu ziehen, über Feldstraße, Pferdemarkt ins Schanzenviertel. Das Kräfteverhältnis hatte sich zugunsten der Bullen verschoben, eine Auseinandersetzung auf dem Pferdemarkt, wo ein Sofa entzündet wurde, oder vor der Polizeirevierwache 16 schätzten einige GenossInnen als zu gewagt ein und wäre wahrscheinlich wirklich nach hinten losgegangen. Die Bullen ließen die Demo ohne Begleitung ins Schulterblatt einbiegen, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass es das nun gewesen wäre. Unter lauten Parolen zogen die Leute vor die Rote Flora. Der Versuch, den vorausfahrenden Peterwagen zu smashen, scheiterte ebenso wie ein ähnliches Ansinnen an den Plexiglasscheiben der Deutschen Bank. Die Tür der Steg und eine Scheibe des Pennymarktes wurden eingeschmissen. Vor der Flora angekommen, löste sich die Demo in Wohlgefallen auf. Die Gäste einer von Werber- und Multimediaklientel besuchten Kneipe, die einige Nächte vorher entglast worden war, weil sich die Betreiber an der Hetze gegen Junkies und Dealer beteiligt hatten, wurden mit Müllsäcken beworfen. Ansonsten war die Stimmung relativ ruhig und so gar nicht auf Krawall gebürstet. Links und rechts der Roten Flora ist nach und nach Müll aufgehäuft und angesteckt worden. Die Polizei setzte offenbar darauf, dass sich die Sache von selbst erledigen würde. Dieses Kalkül wäre wahrscheinlich auch aufgegangen (da wohl nur wenige GenossInnen Bock zu haben schienen, die Situation zu eskalieren), wenn die Schlägertrupps nicht nach einer Hauerei um eine Festnahme durch Zivis einen heftigen Vorstoß vor die Flora gemacht hätten.
Sobald sich die Bullen zurückgezogen hatten, wurden die Müllhaufen größer, viele Leute blieben auf der Straße und harrten der Dinge. Nun sind einige ausgewählte Objekte angegangen worden. Nach unseren Beobachtungen wurde dabei umsichtig und verantwortungsvoll vorgegangen. Der schon oben erwähnten Kneipe „Cafe ohne Namen" sind die Scheiben eingeschmissen worden, es befanden sich keine Gäste im Gebäude; der erste Stock der Hamburger Sparkasse wurde entglast, eine Plexiglasscheibe der Deutschen Bank innovativ mit einem Fahrradständer entfernt. Insgesamt war das Geschehen immer noch sehr ruhig, und innerhalb eines gewissen Aktionsradius gab es kaum noch etwas zu tun. Luxuskraftfahrzeuge, die sonst abends fast immer im Schulterblatt abgeparkt sind, waren nicht vorhanden. Richtung Pferdemarkt kam es noch einmal zu einer Attacke auf die Bullen. Dies war unserer Einschätzung nach das einzige Mal in dieser Nacht, dass die Bullen wirklich weggelaufen sind. Es folgte ein brutaler Einsatz von Einsatzzügen der Polizei und des MEK, viele Leute wurden verletzt, z.T. schwer. Auch Gas wurde eingesetzt. In den darauffolgenden 2-2,5 Stunden, bis zur Entscheidung der Einsatzleitung die Flora einzuschliessen und alle im Gebäude befindlichen Personen festzusetzen, tat sich auf der Straße nicht mehr viel. Die Feuer wurden zwar immer wieder angemacht, aber es wurden keine Angriffe auf die Cops unternommen. Wasserwerfer, Panzerfahrzeuge und die MEK-Mutanten bestimmten das Bild. Gegen 2.20 Uhr sollen sich laut Bullenbeobachtung einige

Dutzend Leute in die Flora zurückgezogen haben. Dies ist von ihnen zum Anlass genommen worden, das Gebäude einzuschliessen. Heftige Auseinandersetzungen oder Gewalttaten können dieser Fluchtbewegung nicht zu Grunde liegen. – Der Rest ist bekannt. Gegen 7.00 Uhr sind über 100 Menschen in die Polizeirevierwache 17 zur Personalienfeststellung gebracht worden.

Kritik an den 3 von der Tankstelle:

Uns ging vor allem der klugscheißende Ton des Papiers auf den Geist. Vermeintlich fundiert palavern sie über die Entwicklung repressiver Taktiken und Strategien des Hamburger Senats in den 90ern; der Wechsel von Hardliner Voscherau zum SPD-Linken Runde, die Umstrukturierungspläne und die damit verbundene Integrationspolitik der Herrschenden werden bemüht, um den Beweis zu erbringen, dass der Polizeieinsatz am 30.4./1.5. keineswegs *„ein seit langem befürchteter und geplanter Angriff auf die Flora gewesen ist, wie es in der Szene heißt“* (diese These hörten wir im Tankstellenpapier zum ersten Mal). Die Tankwarte schreiben *„die Reaktion der Polizei lag eher im unteren Bereich dessen, was dieser aus ihrer Logik als folgerichtig erscheinen haben mag“*, da diverse Bullen verletzt worden waren, sie sich mehrfach zurückziehen mussten und die Lage nicht mehr unter Kontrolle hatten. Garniert wird diese Mär einer krassen Straßenschlacht, wie sie auch als virtueller Riot auf den Mattscheiben deutscher Wohnzimmerstuben flimmerte, durch ihre Wortwahl: Da werden Barrikaden gestürmt, Barrikafen besetzt oder gehalten, eine quasi militärische Auseinandersetzung in Szene gesetzt. Tumben AktivistInnen wird in altväterlicher Manier doziert, dass sich in den guten alten Zeiten Militante immer Rückzugswege überlegt haben und generell verantwortungsvoller agierten. Es folgt ein Schnellkurs über den Sinn und Zweck von Barrikaden und schließlich wird die Randale am 30.4./1.5. überhaupt grundsätzlich in Frage gestellt, nicht ohne ein sinnvolles aber nicht realisiertes Ziel anzumerken: *„die Vertreibung des Yuppipacks aus den der Roten Flora gegenüberliegenden Cafès“* als symbolischen Akt gegen Marginalisierung und Vertreibung.

Die ganze Kritik erscheint uns aufgesetzt, wir haben gar den Eindruck, die 3 von der Tankstelle haben den Abend auf der Tanke verbracht. Wir haben zur Einleitung versucht die Situation in der fraglichen nacht im Schanzenviertel zu skizzieren, um darzustellen: Es gab keine heftigeren militanten Auseinandersetzungen mit den Bullen, es gab auch keine befestigten stabilen Barrikaden, welche von Militanten verteidigt wurden, es gab geringe Sachschäden an einigen ausgewählten Objekten, es wurden nur wenige Bullen verletzt und die Polizei hatte die Situation im Großen und Ganzen unter Kontrolle. Die Räumungen des Schulterblatts gehörten sicherlich zu den härtesten Einsätzen der vergangenen fünf Jahre in Hamburg. Die Härte des Vorgehens wurde nicht durch rasante militante Action von Leuten auf der Straße provoziert oder erforderlich gemacht. Die brennenden Müllhaufen waren bestimmt nicht an den strategisch günstigsten Plätzen aufgerichtet worden. Wir empfanden aber diese „Barrikädchen“ nicht als dramatisch oder die Existenz der Roten Flora bedrohend. Die Einsätze der Bullen haben die Randale verlängert. Ohne sie wäre schnell Feierabend gewesen. Zum Sinn der Randale kann man sagen, dass das Schanzenviertel ein geeigneter Ort für eine kleine „reclaim the streets randale“ war und ist. Es ist immer wieder notwendig, die trügerische Ruhe, die über den im Viertel vorhandenen Widersprüchen liegt, zu zerreissen. Es ist nötig, das Schweigen zu rassistischen Kontrollen und Festnahmen, den Mythos des multikulturellen bunten, netten Viertels zu brechen und klarzumachen, dass die Scheiße zum Himmel stinkt. Es ist gut, den von Multimedia- und Werberpack vorgeführten Reichtum nicht als Ambiente hinzunehmen, sondern zu zerstören. Am 1.Mai ist, wenn auch nur ganz begrenzt, aufgezeigt worden, dass die Welt ganz und gar nicht in Ordnung ist, weder im Schanzenviertel noch sonstwo. Deshalb die Aktionen gegen das Cafè ohne Namen und die Banken, deshalb u.a. auch die Aktionen gegen die Bullen.

Wenn auch relativ zielgerichtet während der Randale gehandelt wurde (was sich auch darin ausdrückt, dass es so gut wie keine Schäden an kleinen Geschäften und Autos gab) soll nicht unterschlagen werden, dass auch einiges Unsinniges gelaufen ist und eine ganze Menge besoffene Figuren das Bild mitbestimmten.

Vielen Dank für den Tipp, das Yuppiepack in dieser Nacht aus der Schanze zu vertreiben. Zu diesem Kraftakt hätten wir allerdings mehrere Hundertschaften von Tankwarten gebraucht und wirklich gute Barrikaden. Die Behauptung, an diesem Abend hätte auch jeder beliebige andere Ort in Hamburg oder im Schanzenviertel für eine Randale gewählt werden können, halten wir in Anbetracht des vorhandenen Polizeiaufgebots für völlig abwegig. Unserer Meinung nach war gerade das Schulterblatt mit der Roten Flora im Rücken, vielen Maifeiernden auf den Straßen und dem bei den Cops vorhandenen Respekt vor dem „gefährlichen Schanzenviertel“ prädistiniert , um dort zu agieren.

Ob die Rote Flora als Rückzugsort bei Auseinandersetzungen mit der Polizei im Viertel dienen soll, wann welche Eingänge für wie lange aufgemacht werden, diese fragen werden schon so lange diskutiert, wie Linke in diesem Kasten hocken. Für uns besteht eine Funktion der Flora genau darin, dass dort Bullen nicht mal so eben reinkommen und dass Flüchtigen selbstverständlich die Flora zur Verfügung steht. Und die Geschichte der Roten Flora ist immer auch mit militanten Auseinandersetzungen im Schanzenviertel verbunden worden, in deren Verlauf sich Leute in die Ruine flüchteten oder zurückzogen, und das ist gut so.

Ohne solche militanten Auseinandersetzungen (die nicht immer toll waren), mit denen versucht wurde radikale Ansätze, für die die Rote Flora symbolisch steht, z.B. Polizeistaat, Drogenverbotsproblematik, Rassismus,, auch auf der Straße ein Stück weit umzusetzen, wäre man/frau in der bloßen Analyse und Kritik der Verhältnisse verharrt.

(Für eine eventuell bevorstehende Verteidigung der Flora reservieren wir ihnen schon mal eine zentrale Barrikade).

Militante Panternichten und Panterneffen



Eisessen und andere Aktivitäten

in Hamburg am 4. Juni 2000 – ein Reisebericht

Auch wenn wir keine AntiFa-Gruppe sind, verschlägt es uns doch ab und an zu Naziaufmärschen und anderen Gelegenheiten in norddeutsche Gefilde. Unser letzter Eisdielenbesuchen mit solchem Hintergrund fand am 4.6. in Hamburg-Hamm statt.
Die Fakten dürften vielen mittlerweile besser als uns bekannt sein: Der Naziaufmarsch in Hamburg-Hamm hat stattgefunden und konnte nicht nennenswert gestört werden. So weit, so schlecht. Also eine weitere Niederlage nach dem 1. Mai, nach Essen, nach ... in 2000? Ganz so einfach ist es aus unserer Sicht aber nicht.
Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Staatsgewalt die Aufmärsche von Nazis durchsetzen kann, wenn es ihr opportun und/oder unumgänglich erscheint. Sicherlich nicht in jedem Straßenzug dieses Staatsgebietes, aber doch in jeder Stadt oder Region.
Gemessen an dieser Voraussetzung fanden wir die Demo am 4.Juni im wesentlichen gut und gelungen. Die in unseren Augen zentralen Aspekte dabei waren:
Die Demo fand mit über 2000 Menschen unterschiedlichster politischer Verortung im Stadtteil in relativer Nähe zum Nazi-Aufmarsch statt.
So wie wir das von außerhalb beurteilen können, waren das Motto und das Bündnis der Gegenaktivitäten ein guter Kompromiß zwischen inhaltlicher Korrektheit und breiter Vermittelbarkeit (das Motto: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ ist ziemlich kampagnenfähig).
Es waren schon deutlich mehr als 2500 Cops nötig, um die Nazis so effektiv zu schützen.
Durch die weitreichenden und äußerst chaotischen Straßen- und S-Bahn-Absperrungen waren viele Menschen erstmal mit etwas Außergewöhnlichem konfrontiert – kein „business as usual“.
Zum Sinn und Unsinn von Demonstrationen als Ersatzhandlung von praktischer Verhinderung von Naziaufmärschen wird schon lange diskutiert, und das ist auch gut so. In diesem Fall überwogen jedoch die positiven Aspekte des politischen Ausdrucks (zu den Details & Lob & Kritik weiter unten), zumal es kein uns bekanntes schlüssiges und realisierbares Alternativkonzept gegeben hat. Sicher, wie so oft war es einzelnen Personen mit entsprechendem Geschick und Aussehen möglich, in unmittelbare Nähe des Naziaufmarsches zu gelangen. Nur stellt sich auch dort das Problem, was nun? Praktisches Verhindern war auch innerhalb des abgesperrten Areals völlig unmöglich. Noch dazu wird von den Nazis jeder Vorwand genutzt, um Strafanzeigen gegen Antifas zu stellen und diese so direkt und indirekt zu bedrohen. So verbleibt dann neben Lautstärke nur die Gegenaktion in allen Facetten als Aktionsfeld.
Das ist im politischen Effekt einer Gegendemonstration sehr ähnlich, im besten Fall eine sinnvolle Ergänzung. (????Hä?d.Setzer)
Wenn die Nacht am tiefsten ist, hängt das Plakat am längsten; oder so ähnlich könnte der Arbeitstitel unseres Vorschlages für die nächsten Male lauten: Der Treffpunkt und die Route des Naziaufmarsches waren ca.24 Stunden vorher bekannt, wenn auch noch mit dem Unsicherheitsfaktor „Gerichtsentscheid“ behaftet. Eine solche Situation dürfte noch öfter eintreten. Und sie bietet die Möglichkeit stärker als bisher, die geplante Route mit allen Mitteln der „Öffentlichkeitsarbeit“, v.a. Plakaten etc., aus unserer Sicht visuell zu prägen. Nicht zuletzt richten sich nachhaltige Veröffentlichungen solcher Art gegen den Normalzustand des Wegschauens und des Wegduckens. Jeder Anlaß zu Ärger ist ein Pluspunkt für uns, wenn er nicht unverhältnismäßig und ziellos daher kommt. Diese Zielgerichtetheit gilt natürlich auch für die „Wald- und Wiesen-AntiFa“ – keine Ahnung, wie gut die Parkplätze der Nazis bewacht waren und wie sich diese nach verlassen der S-Bahnen in Luft aufgelöst haben.
Wenn wir die Naziaufmärsche schon nicht verhindern können, sollten die (politischen und praktischen) Kosten dieser Aufmärsche stärker ins Blickfeld rücken. Die Wirklichkeit und Wirksamkeit der Aktionsformen der AntiFa sind da doch erheblich realistischer als der ewige Slogan „kein Fußbreit ...“, den wir zur Zeit nicht umsetzen können. Die Parole lautet doch eher: Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft!
Doch richten wir den Blick noch einmal zurück auf die Demonstration am 4. Juni in Hamburg. Die Sache mit dem zentralen Anlaufpunkt an der Sternschanze und den vielen angemeldeten Kundgebungen hat uns gut gefallen, besonders nach den desaströsen Erfahrungen zur Expo-Eröffnung in Hannover. Die Verlagerung der Bündnisdemo zum Berliner Tor spricht für Flexibilität und Erfahrung der vorbereitenden Gruppen. Inhaltlich war es schön, daß es (im Gegensatz zu Braunschweig und Göttingen) keine allzu großen Zugeständnisse an bürgerliche Bündnispartner gab – so blieben uns die Grußworte des Bürgermeisters erspart. Schade nur, daß weder der Anlaß – die Hetze gegen die Rote Flora – noch die aktuelle Situation in Eberswalde auf der Demo gebührend gewürdigt wurden. Insgesamt war die laufende Information auf Radio AntiFa (FSK 93.0 sendete an diesem Tag als AntiFa-Inforadio) erheblich besser als vom Lauti der Bündnisdemonstration – was allerdings durch die schlechte (akustische und politische) Qualität der Durchsagen glücklicherweise relativiert wurde. Um es noch mal nachdrücklich zu sagen: Wenn wir besser organisiert und vorbereitet gewesen wären, hätten wir mit den Radioinformationen richtig was anfangen können. (So bleibt uns nur die Dankbarkeit gegenüber dem Konjunktiv)
Vom vielen Auf- und Ablaufen auf der Wandsbeker Chaussee taten uns zum Schluß die Füße weh. Noch mal müssen wir da (hoffentlich) nicht hin! Aber, wie schon gesagt, das Ganze war eher Erfolg als Mißerfolg und wir danken den Menschen, die viel Arbeit in die ganze Vorbereitung gesteckt haben.

3. Antirassistisches Grenzcamp

der Kampagne »kein mensch ist illegal« vom 29.7. bis 6.8.2000

Obwohl der Bürgermeister von Forst (Brandenburg) alles daransetzte, das Camp zu verhindern, konnte es schlußendlich erfolgreich stattfinden. Dafür sorgte – paradoxerweise – nicht zuletzt die Polizeiführung, die am Bürgermeister vorbei regierte und in Absprache mit dem Zeltplatzkommitee dem Camp einen Platz zuwies sowie Räumungsanträge des Bürgermeisters ignorierte.
Ca. 500 Menschen zelteten jeweils auf dem Platz – wieviele TeilnehmerInnen die Woche über das Camp „durchliefen“, entzieht sich unseren Informationen. In zahlreichen Aktionen in Forst, Guben, Spremberg und Eisenhüttenstadt wurde das rassistische Grenzregime aus BGS, Polizei und „wachsamer Bevölkerung“ thematisiert und angegriffen. War der Beginn noch recht „zahm“ und auf Vermittlung angelegt, wie der Stadtspaziergang durch Forst am ersten Tag, so wurde in der Folge das Klima konfrontativer – die Träger rassistischer Politik wurden klar denunziert und

(symbolisch) angegriffen, wie z.B. durch Barrikaden vor der BGS-Unterkunft oder nächtlicher „Randale und Ruhestörung“ in Forst an der Neisse, um dem BGS das Aufgreifen von zehn Flüchtlingen, die über den Fluß zu gelangen versuchten, zu erschweren (zwei Flüchtlinge wurden dennoch vom BGS aufgegriffen).

Die örtlichen Nazis hatten auf Raten ihrer „Kameraden“ hin vorsorglich das Weite gesucht – ebenso wie einige Bewohnerinnen der Flüchtlingsunterkunft – offensichtlich gab es bei der Vermittlung der Campidee im Vorfeld erhebliche Mißverständnisse.



Gestritten wurde sich auch intern – und das ist gut so! – v.a. wieder einmal am Thema Sexismus: Nach einem Konflikt mit der antirassistischen Gruppe „Poznan“ aus Polen wegen eines pornografischen Plakats wurde die Zusammenarbeit von „kein Mensch ist illegal!“ abgebrochen, die Diskussion darum lief auf dem Camp weiter; – sowie über die eigene Positionierung zur örtlichen Bevölkerung: Gegner oder potenzieller Bündnispartner?

Ungerufene Bündnispartner fand das Camp in Presse und grüner Regierungspartei (wie z.B. der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung), die plötzlich ihr Herz für linksradikalen Antirassismus entdeckten – ein Problem übrigens, dem sich auch aktuell die AntiFa gegenübersieht, die große Schwierigkeiten hat, sich in der Öffentlichkeit von den heuchlerischen Standort-Deutschland-Antifaschisten in allen etablierten Parteien und dem DGB abzugrenzen.

Ein Beitrag auf der Web-Seite des Camps formulierte das sehr treffend:

Die Presse, die Macht und wir

Während bei bisherigen Grenzcamps Artikel über uns hauptsächlich in linken Medien und den lokalen Zeitungen erschienen, ein, zwei vielleicht in größeren Zeitungen der liberalen bürgerlichen Presse, sind wir dieses Jahr mit einer veränderten Situation konfrontiert. Nach dem Anschlag in Düsseldorf haben nicht nur die Grünen den Rechtsextremismus entdeckt. Rettet den Wirtschaftsstandort Deutschland vor den kahlrasierten Schlägern, lamentieren Politiker gleich welcher Couleur. Jahrelang haben sie ignoriert, dass in bestimmten Regionen der Bundesrepublik viele Menschen jeden Tag mit der Angst leben, Opfer rechter Gewalttaten zu werden.

Doch es ist nicht die Angst dieser Menschen die diejenigen bewegt, die jetzt nach Verboten und Gesetzen schreien. Ihnen geht es um die Konjunktur, die ohne Investoren aus dem Ausland nicht recht in Schwung kommt. Wenn Jugendliche in Springerstiefeln auf CNN zu sehen sind, winken Kapitalisten aller Länder ab und damit droht Ostdeutschland zum Globalisierungsverlierer zu werden.

Bisher bagatellisierten Politiker, Polizei und Presse Übergriffe zu Einzelfällen oder bestritten einen politischen Hintergrund. Leute, die anderes behaupteten, waren ihnen lästig: Es galt, sie ruhig zu stellen. Doch jetzt kommt das Grenzcamp ihnen gerade recht. Seht her, können sie im Ausland verkünden: „Bei uns in Deutschland gibt es nicht nur Ewiggestrige, bei uns funktioniert die Zivilgesellschaft reibungslos, hunderte junger Deutscher werden aktiv gegen die Neo-Nazis.“ So werden wir Grenzcamper plötzlich zum positiven Standortfaktor. Doch deswegen sind wir nicht hier. Wir sind an der deutsch-polnischen Grenze, weil wir das Grenzregime angreifen wollen. Wir wollen nicht nur auf die Schikanen aufmerksam machen, die sich der BGS für die hier lebenden Flüchtlinge ausdenkt und derer gedenken, die ums Leben kamen bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren. Wir sind gegen Grenzen und Nationen im allgemeinen. Den Wirtschaftstandort Deutschland zu sichern, ist das Gegenteil dessen, was wir wollen. Denn wir wollen Deutschland als Kategorie abschaffen.

Wir finden uns also in einer paradoxen Situation wieder. Viele sind davon frustriert. In langwierigen Diskussionen haben wir versucht zu klären, wie wir damit umgehen können. Zwar unterstützen wir mit unserer Präsenz hier Interessen, die wir ablehnen. Zugleich sehen aber auch viele, dass wir – vielleicht seit Jahren wieder zum ersten Mal – den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen können. Unsere Inhalte konnten nicht vermittelt werden, solange die Presse uns nur als Störfaktor porträtierte. Doch jetzt fragen sie uns nach unserer Meinung und schreiben die häufig auch brav auf. Da wir auf diese Situation jedoch nicht vorbereitet waren, kamen unsere Inhalte nur dürftig rüber, kritisieren viele. Womöglich zeigt sich hier das Problem einer Linken, die jahrelang mit dem eigenen Überleben und dem Abwehren der staatlichen Repression beschäftigt war. (...)

P.S.: Am 6.8.. dem Abreisetag des Camps, stürmten 200 BGSler, Polizisten und vermummte SEKler das Camp auf der Suche nach der Sendeanlage des (illegalen) Camp-Radio. Der Durchsuchungsbefehl datierte von einer Woche vorher. Der Sender wurde nicht gefunden.

Gegen die bevölkerungspolitischen Katastrophenszenarien und Machtphantasien der Expo-TechnokratInnen

Unsere Zukunft sieht anders aus!

Erklärung des bundesweiten Netzwerks »Frauen gegen Bevölkerungspolitik«

"Ohne eine problemadäquate Thematisierung des Weltbevölkerungsproblems wäre die EXPO 2000 aus meiner Sicht keine eigentliche Weltausstellung" – so der EXPO-Beauftragte der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Ansgar Holzknecht, 1995 auf einem Symposium der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Seine Hoffnungen haben sich erfüllt. Nachdem schon die Kampagne zum Tag der 6-Milliarden im Oktober 1999 vor einer drohenden "Überbevölkerung" warnen sollte, steht auch die EXPO 2000 im Zeichen bevölkerungspolitischer Katastrophenszenarien. Das Konstrukt der Bevölkerungsexplosion zieht sich wie ein roter Faden durch alle Themenparkbereiche der EXPO. Die AusstellungsmacherInnen halten es dabei noch nicht einmal für notwendig, zu erklären, warum und wie sie die heutige oder zukünftige Zahl von Menschen als Problem definieren und berechnen. Sie verzichten auf tiefergehende Erläuterungen und arbeiten

lieber mit plakativen Metaphern, die das Problem Mensch dem Mensch näher bringen soll: mal sind es im "Themenparkbereich Mensch" Wellensittiche, die schön getrennt nach Entwicklungsland, Schwellenland und Industrieland in drei Käfigen demographische Prognosen verdeutlichen sollen; mal sind es im "Themenparkbereich Ernährung" Heuschrecken hinter einer Glaswand, die wie ein biblischer Schrecken über die Welternährungsvorräte herfallen.

Es ist nicht zufällig, dass die Behauptungen über ein Zuviel an Bevölkerung bei der EXPO anscheinend am Höhepunkt ihrer Karriere angelangt sind – nachdem sie noch in den 70er Jahren international mehr als umstritten und gerade in Deutschland aufgrund der bevölkerungspolitischen Geschichte lange kontrovers diskutiert wurde.

Die Umsetzung des EXPO-Mottos "Mensch-Natur-Technik" blendet gesellschaftliche Strukturen aus und reduziert Wirklichkeit auf ein rein statistisches Verhältnis zwischen verschiedenen Größen. Mittels dieser Berechnungen und Beschwörungen werden dann die komplexesten, politisch und sozial bedingten Probleme als technisch manipulierbar dargestellt – der Fortschrittsglaube ist ungebrochen, wenn die EXPO sich per Attitude auch hie und da von technikverherrlichenden Ansätzen geläutert gibt. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Fragen werden so zu einem Anpassungsinstrument der Biomasse Mensch an den gesellschaftlichen Status quo. Eine zentrale Rolle in diesem Gerede über das Problem Weltbevölkerung spielt das herrschende Ökologieverständnis: Nicht Produktionsweisen, zerstörerische Großprojekte oder gar die Verteilung der Ressourcen werden zum Problem gemacht – sondern die Bevölkerung in südlichen Ländern zum eigentlichen bedrohlichen Faktor erklärt.

"Wer gegen Gentechnik ist, macht sich Mitschuld am Hunger der Welt." (Birgit Breuel)

Ist die Zahl der Menschen erst einmal als Ursache von Krisenphänomenen – wie z.B. Hunger – für selbstverständlich erklärt, ergibt sich daraus nur die Frage nach (gen-) technischen Lösungen. In diesem Fall Ertragssteigerung, wie es schon seit den 1950er Jahren mit der Grünen Revolution versucht wurde oder auch heute mit "Vitamin-A-Reis", präsentiert im "Chemidrom" des Themenparkbereiches "Mensch". Der Hunger der Menschen steht allerdings nur als werbewirksames Mittel im Vordergrund. Die Ehe von Bevölkerungsstrategen und Gentechnokraten konnte nicht besser gelingen als über diese anscheinend humanitäre Gentechnologie, die gepaart mit wirksamen (humanitären) Bevölkerungskontrollmaßnahmen das Elend der Welt lindern soll. Ganz in diesem Sinne: Wer den Panikmacher "Überbevölkerung" erst mal verinnerlicht hat, ist auch leicht zu überzeugen, dass Gentechnologie notwendig ist.

Kind: "Ich hätte lieber ein Schwesterlein!"
Mutter: "Doktor, kriegen wir das hin?"
(aus einem Radiowerbespot der Expo)

Bevölkerungspolitik ist per Definitionem eine staatliche oder supranationale Politik, die auf die Kontrolle über die Qualität und/oder die wie auch immer definierte "Qualität" einer Gesamtbevölkerung abzielt. Die bevölkerungspolitische Praxis beinhaltet eine Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen und eine selektive Entscheidung darüber, wer das Recht hat zu leben – nach Kriterien wie Klasse, Rasse/Ethnizität, Behinderung oder Geschlecht. Scheinen im internationalen Kontext im allgemeinen Qualitäten im Vordergrund zu stehen, so werden diese jedoch immer wieder begleitet von einer selektiven und qualitativen Bevölkerungspolitik: So wird in den hübschen weltweiten EXPO Projekten zur Lösung des mengenmäßigen Bevölkerungsproblems nicht die Sterilisation der Mitglieder der männlichen weißen Mittelschichtklasse vorgeschlagen, sonder an die Verhütungspflicht von armen Frauen aus dem Süden apelliert. Parallel dazu darf sich ein Paar – weiß, heterosexuell, jung, modern – mittels Laptop ihr Wunschkind zusammenstellen und, für den Fall der Scheidung, auch noch klonen – noch ein fiktiver Film im Themenparkbereich "Mensch".

Mehr Bildung = weniger Kinder? Oder: Was haben Mathematik und Empowerment gemeinsam?

Bevölkerungspolitik ist nicht – wie oft und gerne behauptet – identisch mit selbstbestimmten Möglichkeiten der Geburtenkontrolle für Frauen, sondern gibt gesamtgesellschaftlichen Zielen der Menschenökonomie die Priorität vor individuell bestimmten Entwicklungen. Die im bevölkerungspolitischen Sprachgebrauch immer wieder betonte Frauenförderung ist ein reines Kosten-Nutzen-Kalkül, das nichts mit den Interessen der Frauen zu tun hat, sondern rein der Legitimation von Bevölkerungspolitik dient. Durch das "feministische" Facelifting der Bevölkerungspolitik seit der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo ist in Vergessenheit geraten, dass die internationalen Frauenbewegungen einmal grundsätzlich dagegen angetreten sind, die Entscheidung für oder gegen Kinder in irgendeiner Art und Weise staatlichen Zugriffen zu unterwerfen. Begriffe der Frauenbewegung wie Enpowerment oder Selbstbestimmung, wurden inzwischen von bevölkerungspolitischen Diskursen vereinnahmt, verwässert und umgedeutet. Arrogant wie die Lebensrealität von der überwiegenden Mehrheit aller Frauen auf das Konstrukt der "Dritte-Welt-Frau" reduziert, die durch Verhütungsmittelprogramme aus dem Zustand des Unwissens, der Armut, der Verantwortungslosigkeit und der patriarchalen Abhängigkeit erlöst werden soll. Frauenbewegungen haben Begriffe wie Enpowerment oder Selbstbestimmung politisch entwickelt, um Geschlechterhierachien und geschlechtliche Arbeitsteilung anzugreifen. Diese Begriffe dürfen nicht für staatliche und bevölkerungspolitische Interessen vereinnahmt werden!

Alles frauenfreundlich, oder was?

Trotz dieses seit Kairo anscheinend frauenfreundlichen, beschützenden Tonfalls in der Bevölkerungspolitit sind. Die Programme geben weiterhin offen oder verdeckt Zielquoten vor, wie viele Kinder Frauen gebären sollen, wie viele Frauen gesundheitsschädliche Langzeitverhütungsmethoden gebrauchen sollen. Zielquoten, die immer wieder in verschiedene Formen des Zwangs münden: Sei es, dass in Peru Lebensmittelhilfen von einer Sterilisation abhängig gemacht wurden, oder dass in Bangladesh Frauen verweigert wurde, Hormonimplantate wieder herauszuoperieren.

Andererseits gibt es feministische Bewegungen, die sich gegen Experimente zum Zweck der effektiveren technischen Kontrolle der Fortpflanzung zur Wehr setzen – so die Kampagne gegen Forschung an immunologischen Verhütungsmitteln.

Nicht mit uns!

Wir fordern dazu auf, gegen die menschenverachtende Bevölkerungspolitik und deren Vermarktung auf der EXPO 2000 zu protestieren! Das technokratische Weltbild der EXPO hat nichts mit der Lebensrealität der meisten Menschen zu tun! Dieses Weltbild abstrahiert von jedem konkreten historischen, lokal und sozial differenzierten Wissen. Es entwirft ein planetarisches Modell, das dann von den Schaltzentralen der Regierungen, Konzerne oder auch Nichtregierungsorganisationen der Industrieländer durch Einsatz von Technologien als handhabbar dargestellt wird. Alle Menschen, die nicht in dieses Modell passen, erscheinen als überflüssige, bedrohliche Masse.

Das angebliche Problem Bevölkerungswachstum und seine Lösung kann keine objektive wissenschaftliche Debatte sein, da diese Problemkonstruktion immer bestimmt ist von Machtinteressen: Es geht um die Manipulation von Menschen; es geht um die Reduktion der Menschen auf eine statistische Größe und die Frage, wer gebraucht wird und wer nicht – und es geht darum, nicht die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Formen der Ressourcenaneignung in Frage zu stellen, sondern die Menschen selbst zur anpassungsfähigen Ressource zu machen.

Wir protestieren gegen die Entscheidung für oder gegen Kinder als Zielscheibe politischer und technologischer Manipulationen! Keine Zwangsmaßnahmen an Frauen! Frauenförderung muss Selbstzweck sein!

Wir schließen uns der Resolution des internationalen feministischen Treffens in Bangladesh an:

"Menschen sind keine Bevölkerung – Bevölkerungskontrolle NEIN!"

Frauen gegen Bevölkerungspolitik

Goldene Hakenkralle

Zur politischen Verfolgung wegen Hakenkrallen-Anschlägen gegen CASTOR-Transporte der Deutschen Bahn.

Der nachfolgende Text ist eine gekürzte Fassung des Beitrages der Solidaritätsgruppe Goldene Hakenkralle aus dem Juni 2000. Den gesamten (detailreicheren und umfassenderen) Text findet Ihr im Ordner in der Flora-Vokü sowie im Schwarzmarkt.

Die unmittelbar Betroffenen haben erklärt, daß sie mit den politischen Angriffen gegen sie, soweit wie möglich, offen und offensiv umgehen wollen. Das drückt sich auch aus in der Arbeit der Solidaritätsgruppen z.B.: in einem »Offenen Brief« mit der Aufforderung, diesen zu unterzeichnen, diversen Veranstaltungen, einem Theaterstück, in der Enthüllung des Wanderdenkmals »Die Goldene Hakenkralle« (bisher in Bremen, Dannenberg, Berlin und Braunschweig), einer Ausstellung zu den Angriffen, zum Widerstand und zur Solidarität. Denn »was die Staatsschutzbehörden wissen, vermuten, spekulieren und gegen uns einsetzen, das sollten auf jeden Fall auch die FreundInnen und weitere solidarisch Interessierte wissen, – selbst dann, wenn dadurch eigene Fehler oder Nachlässigkeiten bekannt werden. Damit sie die Möglichkeit haben, sich ein eigenes Bild von der Situation zu machen, selbst politisch Position zu beziehen und sich mit uns auseinanderzusetzen. Nur diese Auseinandersetzung kann Grundlage für Solidarität, für weiteres gemeinsames politisches Handeln und für Selbstkritik und Veränderung sein«.
Uns als Solidaritätsgruppe geht es auch darum, zu entlarven und nachvollziehbar zu machen, was hinter diesen Angriffen steckt, und daran auch deutlich zu machen, was wir selbst wollen – über unsere Ziele und Utopien zu reden.
Menschen für einen gemeinsamen Kampf gewinnen wird uns nicht über bloße Appelle und bloße akademische Analysen gelingen, sondern hauptsächlich, wenn wir Lust und Hoffnung auf ein anderes Leben – herrschaftsfrei und solidarisch weltweit – vermitteln und das – wenn auch nur punktuell und in seiner ganzen Widersprüchlichkeit – selbst und immer wieder neu zu realisieren versuchen. Das wird uns auch nicht gelingen, über Empörung, indem wir uns als Opfer darstellen oder um Mitleid werben z.B indem wir verbreiten, wir werden ungerecht behandelt, wir sind ja eigentlich harmlos und unschuldig!
Wir wollen kein Mitleid, wir wollen Solidarität – d.h. auch Auseinandersetzung und Kritik -, und wir sind nicht harmlos, denn wir stellen diese Gesellschaft, diese herrschenden Verhältnisse grundsätzlich in Frage und wollen sie verändern!

Vor etwas mehr als einem Jahr durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) unter dem Namen »Goldene Hakenkralle« insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannenberg und im Landkreis Lüneburg, einen Taxi-Betrieb in Berlin Kreuzberg und ein Umweltinstitut in Bremen unter dem Vorwurf »Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« (§ 129a) und/oder »gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr« (§ 315).
Die Herkunft des Namens »Goldene Hakenkralle«, unter dem die BKA-Aktion lief, ergibt sich nach Aktenlage aus einem abgehörten Telefongespräch (§ 100a-Maßnahme). Anläßlich des Geburtstages eines »Beschuldigten« sollen sich zwei weitere »Beschuldigte« über ein mögliches Geschenk unterhalten haben. Der Vorschlag soll eine vergoldete Hakenkralle gewesen sein. Und die Bemerkung eines »Beschuldigten«, noch einen ganzen Kasten davon bei sich zu haben, sei Anlaß für die bundesweiten Hausdurchsuchungen gewesen.
Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion »intensive Ermittlungen der »Arbeitsgruppe Energie« beim Bundeskriminalamt« voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine, die aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) stammt, zurückzuführen sind.
Da an zweit Tagen in den Jahren 1996 und 1997 eine Reihe von Anschlägen gegen die Deutsche Bahn AG zeitgleich stattfanden wurde aufgrund des Umstandes der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamen Erklärungen von dem Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation »Autonome Gruppen« geschlossen. Weiterhin wurde davon ausgegangen deren »Führungskader« sie in den Beschuldigten gefunden zu haben.
Gegen vier »Beschuldigte« wird auch wegen gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel ermittelt.
Es soll sich hierbei um das »Durchtrennen der Schienenstränge der Bahnstrecke Geesthacht-Bergedorf« handeln. Konkret gemeint ist das Anschlußgleis, welches das AKW-Krümmel an das öffentliche Bahnnetz anschließt.
Die Durchsuchungen fanden in allen Räumen statt, zu denen diese nach Ansicht der Staats-



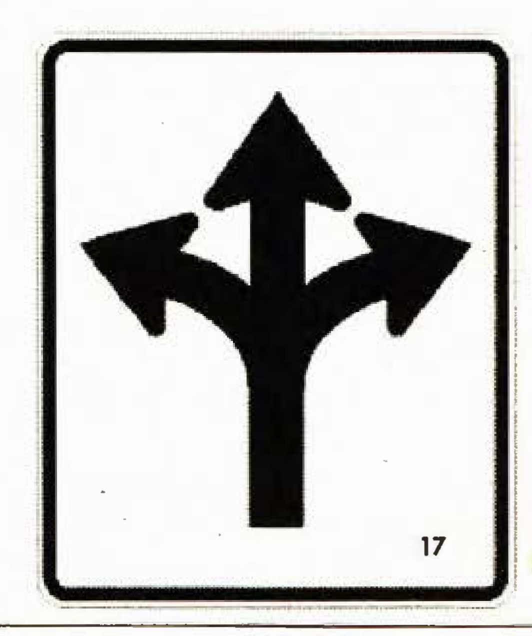
anwaltschaft Zugang gehabt haben könnten.
Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen.
Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine AnwältIn zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden.

Durchsucht wurden damals u.a.:
- in Bremen die Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.)
- in Brandenburg das Projekt »Opferperspektive« (kümmert sich um Opfer rechter Gewalt)
- in Berlin die KTG (Kreuzberger Taxigenossenschaft

Jedenfalls die ersten beiden Projekt erhielten öffentliche Fördergelder, die im Zuge der Durchsuchungen eingestellt wurden. Dadurch wurde die Weiterarbeit der Projekte erheblich erschwert. Sie mußten sich von bezahlten Kräften auf ehrenamtliches Engagement umstellen.
Bei den Durchsuchungen wurden beschlagnahmt (wobei bei den verschiedenen Durchsuchungen sehr unterschiedlich vorgegangen wurde): PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde (unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf), Krankenunterlagen und Therapieunterlagen über die eigene Behandlung, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Unterlagen zu Bankkonten, Quittungen, Verträge usw., Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben, Haarbürsten und Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarettenkippen beschlagnahmt, da laut eines Durchsuchungsbeschlusses eine Zigarette (Marke Juwel) auf einer Betonschwelle im Gleisbett ausgedrückt worden sei. Sie soll 13,20 m von der Stelle gelegen haben, an der eine Hakenkralle bei Potsdam eingehängt worden sein soll.
Aus Begründungen der Bundesanwaltschaft zu den Ermittlungen und aus Vernehmungen von Zeugen ergibt sich, daß über längere Zeiträume Telefongespräche abgehört, Wohnungen und Treffen observiert wurden. Das ganze Ausmaß ist zur Zeit noch weitgehend unbekannt.
Bekannt wurde allerdings – und das scheint in diesem Ausmaß neu zu sein -, daß das BKA unmittelbar mit Sozialamt, Arbeitsamt, Finanzamt, Verkehrsamt, Katasteramt und Banken (!) zusammenarbeitet.
Die Ermittlungsbefugnisse bei § 129a-Verfahren entsprechen denen bei Verfahren gegen »organisierte Kriminalität« (z.B.: Geldwäsche, Mafia). D.h. es gibt keinen Datenschutz, kein Bankgeheimnis – auch nicht für Verwandte, FreundInnen, MitbewohnerInnen u.s.w. Der § 129a öffnet der polizeilichen Willkür Tür und Tor!
So wurden z.B. die Vermögenslage, Konten (über mehrjährige zurückliegende Zeiträume), Immobilienbesitz oder Urlaubszeiten überprüft. Es wird vermutet, daß bei Aufenthalt in anderen Ländern das BKA mit den jeweiligen Polizeidiensten zusammengearbeitet hat.
Das führte in einem Fall dazu, daß die Arbeitslosenhilfe gestrichen wurde und finanzielle Rückforderungen gestellt werden.
Von beauftragten AnwältInnen (etwa 20 an der Zahl, denn jede(r) »Beschuldigte« oder »Betroffene« kann sich ja nur unabhängig von den anderen vertreten lassen) wurde sofort Widerspruch gegen die Durchsuchungen und gegen die Beschlagnahmungen eingelegt, Akteneinsicht gefordert und spezielle beschlagnahmte Gegenstände oder Papiere (oder deren Kopien) zurückgefordert. Dies wurde aber zunächst rundweg abgelehnt.
Von den beschlagnahmten Material ist bisher noch fast nichts zurückgegeben worden. Lediglich einige persönliche Unterlagen, jedoch keine Kontoauszüge, Tagebücher. Zurück gegeben wurden PC`s, Kopien von einigen Disketten und Kopien von einigen Unterlagen.
In Berlin wurde als Folge der Durchsuchungen im Juli 1999 im März 2000 ein Schließfach bei einer Bank durchsucht. Auf das Schließfach kamen sie über beschlagnahmte Kontoauszüge. Der Inhalt bestand aus geerbtem Familienschmuck.
In den letzten Wochen wurde 6 von 7 BewohnerInnen einer Kreuzberger WG – in der mehrere Beschuldigte und Betroffene leben – vom LKA mitgeteilt, daß gegen sie neue Ermittlungsverfahren wegen § 129 – Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung – eingeleitet wurden.
Diese Staatsschutzaktion steht in ganz konkretem Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie.
Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte oder auch der Errichtung von Zwischenlagern auf dem Gelände von Atomanlagen, oder im Zusammenhang mit dem Ausbau – der Vervierfachung ihrer Kapazität – der Urananreicherungsanlage in Gronau, oder mit der beabsichtigten Inbetriebnahme der PKA im Wendland, oder mit der angekündigten Genehmigung von Schacht Konrad, oder mit dem Bau des Fusionsreaktors in Greifswald, oder mit dem Bau des Forschungsreaktors (FRM) in Garching, oder mit der Tatsache, daß unverändert 19 Atomreaktoren am Netz sind, daß täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Uranhexafluorid für die Brennelementeproduktion durch die BRD rollen, daß Atomstrom importiert und Atomtechnologie exportiert wird, oder ...
soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüchtert, in sog. »Friedliche« und sog. »Gewalttätige« gespalten und dadurch geschwächt werden.
Darüber hinaus gibt es ein ungeheures Potential an verbeamteten GeheimdienstlerInnen, die ihre Existenzberechtigung seit der Auflösung des Ostblocks und auch der RAF und RZ ständig unter Beweis stellen müssen.
Und sicher nicht zuletzt: Der Apparat versucht, scheinbar unbeirrt, seine Arbeit mit dem Auftrag zu verrichten, jede grundsätzliche Opposition »kalt zu stellen«.
Beispiele aus der letzten Zeit sind die Ermittlungen und Verfahren gegen die Zeitschrift »Radikal«, gegen die Gruppe »Autonome Antifa (M) in Göttingen, die Zeitschrift »Interim«, die antifaschistische Aktion Passau, jetzt – aber auch schon vorher z.B. im Wendland -gegen AKW-GegnerInnen und gegen angeblich frühere Mitglieder der RZ (REVOLUTIONÄRE ZELLEN).
Aber, auch wenn vielleicht manches in dem Verfahren konstruiert und lächerlich erscheinen mag, sollten wir diesen Angriff nicht auf die leichte Schulter nehmen.
Wir haben schon ein sehr ernsthaftes Anliegen und das richtet sich gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, und genau das wissen auch die, die uns jetzt angreifen.
Denn es geht uns nicht nur darum, die Atomtechnologie zu stoppen – und zu glauben, danach ist alles in Ordnung – sondern es geht uns um eine Gesellschaft, in der u.a. diese menschenverachtende Technologie keinen Platz hat.
Die Atomtechnologie ist nicht ein Fehler, sondern konsequenter Ausdruck dieser herrschenden Verhältnisse. Verhältnisse, in denen die Profitinteressen der Konzerne über die Lebensinteressen der Menschen gestellt werden, in denen Menschen zunehmend nach ihrer Verwertbarkeit klassifiziert und selektiert werden.

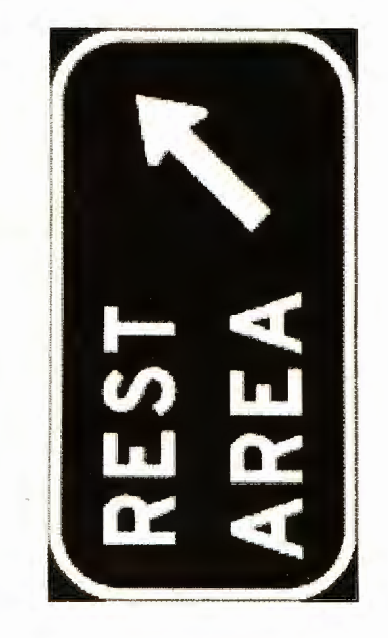
Solidaritätsgruppe Goldene Hakenkralle
Juni 2000.

Kontakte: Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28 203 Bremen, Tel: 0421 – 700 144, Fax: 0421 – 75 68 2
e-mail: gold@mail.nadir.org
website: http://www.nadir.org/gold
Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Kto.: 48 19 12 206, BLZ: 200 100 20, Postbank Hamburg, Verwendungszweck: Goldene Hakenkralle.

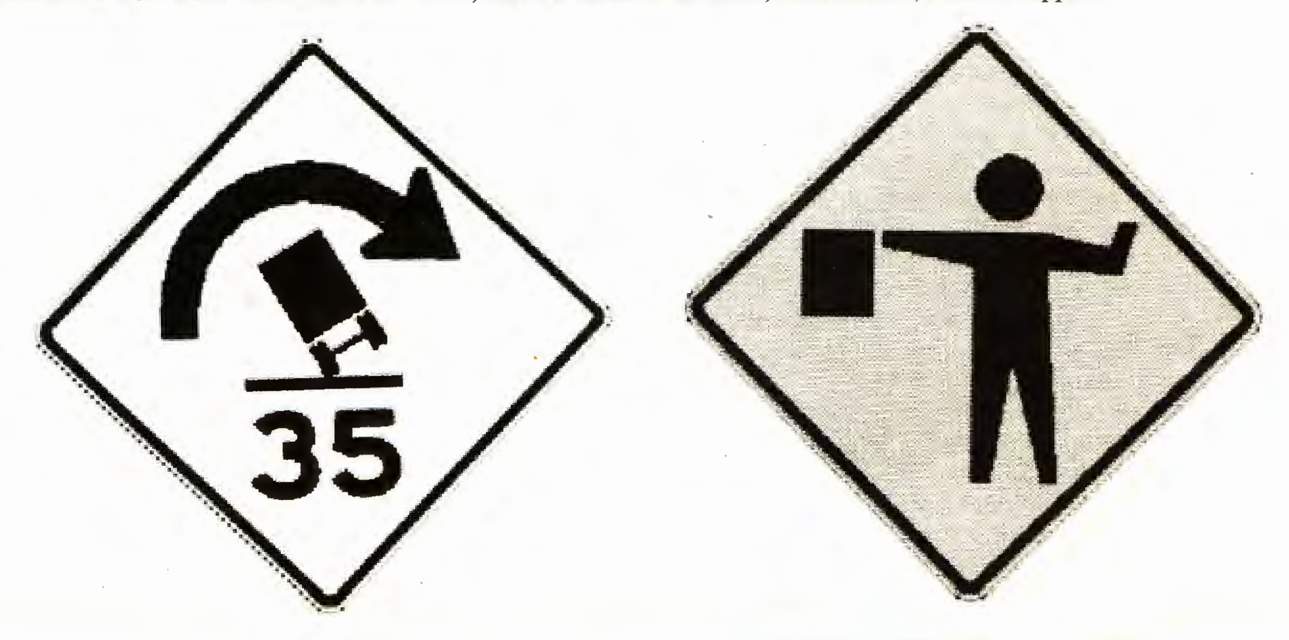


Programm August 2000

Dienstag	1. August	Dubcafe, Roots Commandment	18-23 Uhr
Donnerstag	3. August	DJ Burn: Progressive Stile und Kammellen (oll), AHOI	20 Uhr
Freitag	4. August	HC-Konzert: Leiah, J, Children of fall	21 Uhr
Sonntag	6. August	Drumcircle-trommeln für alle....Instumente (Conga, Djembe, Glocken etc.) bitte mitbringen	15 Uhr
Dienstag	8. August	Dubcafe, weed acoustix	18-23 Uhr
Donnerstag	10.August	Djanes Lies & Fies: Girlie- Bambie- Overkill AHOI	20 Uhr
Samstag	12.August	Solikonzert für's Störte: EA 80, Chispa und Endford	21 Uhr
Dienstag	15.August	Dubcafe, ire Hifi Vollmond Orchester	18-22 Uhr 22 Uhr
Donnerstag	17.August	HC-Konzert: point of no return + support	21 Uhr
Donnertsag	17.August	DJ Alsterfeld: Skapunk, Ska, Punk; AHOI	20 Uhr
Freitag	18.August	Flora Prozeßkosten und Schanzenviertelfestminus Ausgleichs-Party, moderne 80er und 90er rock-Poprumzappelhopsmunsik	22 Uhr
Samstag	19.August	Benefizabend für die 11. schwul-lesbischen Filmtage: Indiehölle,Danceclassics und Easylis-Tening von diversen DJ's	22 Uhr
Sonntag	20.August	Peter Sempel greift ab 21 Uhr in sein Filmarchiv	21 Uhr
Dienstag	22.August	Dubcafe, Ital-Acoustic	18-23 Uhr
Donnerstag	24.August	Mottoabend: Haustiere, Kinder, andere Hobbies AHOI	20 Uhr
Freitag	25.August	LesBiSchwuler Kellerclub: No House, No Techno!	23 Uhr
Dienstag	29.August	Dubcafe	18-23 Uhr
Donnerstag	31. August	Motor St. Pauli: Klubambiente, AHOI	20 Uhr

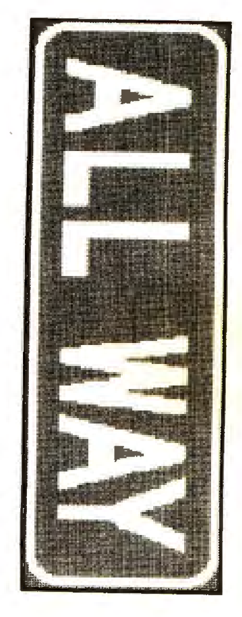


Falls nichts weiter an Örtlichkeiten bei den Veranstaltungen steht, finden diese in der Roten Flora statt. Für alle die noch nicht oder nicht mehr wissen wo's AHOI ist, hier die Adresse: St. Pauli, Hafenstrasse, Balduintreppe.



Programm im September:

Samstag	2. September	Shantytown, Dubreggea	22 Uhr
Montag	4. September	An(e)motion + Mörser, hc aus Österreich Und Bremen	22 Uhr
Dienstag	5. September	Dubcafe	18-23 Uhr
		IWF/ Weltbank, Mobilisierungstreffen für Prag	20 Uhr
Donnerstag	7. September	RZ-Infoveranstaltung, Politik und Geschichte der Revolutionären Zelle (s. Info)	20 Uhr
		Nowfast, fire at will, welfare drive by. Hc-combos	22 Uhr
Freitag	8. September	rince out-release party, release party für das Rince out label (drum & bass)	23 Uhr
Samstag	9. September	safe the resistance, Infoveranstaltung zu Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn des Bündnis gegen rechts Leipzig (s. Info)	20 Uhr
Sonntag	10.September	Charles Curtis & Duralux	nachmittags
Montag	11.September	IWF-Treffen, Prag im Herbst	20 Uhr
		HC-Konzert: Bane,Driftnet, Third degree, burn	22 Uhr
Dienstag	12. September	Dubcafe	18-23 Uhr
Mittwoch	13. September	Vollmondorchester	21 Uhr
Donnerstag	14. September	month of birthdays, the dragon rapide. Emo-pop von der Insel	22 Uhr
Freitag	15.September	Swinging Jazz (tip des monats). DJ Richard Roeskoff & eine Live-Band	22 Uhr
Samstag	16.September	crucial vibes. Roots-reggea-soundsystem	22 Uhr
Montag	18.September	Schill's Prozeß, achtet auf Ankündigungen!	
		„Denn nur was richtig sauber ist kann richtig glänzen". Eine Veranstaltung zur Diskussion um „Sauberkeit" und „Sicherheit" im Schanzenviertel	20 Uhr
Dienstag	19.September	Dubcafe	18-23 Uhr
Mittwoch	20.September	Prozeßbeginn gegen drei Genossen wegen Landfriedensbruch und Widerstand (s. Info)	9 Uhr
Freitag	22.September	experi-mental: improvisiertes von Stockhaus Karl-Hausen, Dolli Kluster & Prinz William + Gäste	22 Uhr
Samstag	23.September	Alec Empire (kann aber sich terminlich noch verschieben, achtet darum auf jeden Fall auf Ankündigungen!!!!!)	23 Uhr
Sonntag	24.September	gentle vincent, confused (beide aus Freiburg)	22 Uhr
Dienstag	26.September	Dubcafe	18-23 Uhr
		New school hc-Konzert: fall silent, destiny	22 Uhr
Samstag	30.September	Sinus, die dritte. Techno, drum&bass	22 Uhr
Montag	2. Oktober	Indianischer Punk und traditionelle Tänze erstmals in Hamburg:	
		Traditiolelle Tänze& Hintergrundinformationen (die VeranstalterInnen bitten darum während dieser Zeit nicht zu rauchen oder Alkohol zu konsumieren)	20-22Uhr
		Punkkonzert mit der Band Blackfire	22 Uhr



Regelmässige Termine in der Flora:

Montag.......................................Kochsession 18-22 Uhr, veganes Essen ab 20 Uhr
Montag.......................................offene Motorradwerkstatt, schrauben und klönen ab 17 Uhr
Montag und Donnerstag..........................Archiv der sozialen Bewegungen
Tel.: 433007
Fax.: 43254754
Dienstag.......................................Dubcafe (siehe oben), 18-23 Uhr
Donnersteag.......................................Kochkollektiv vegan ab 19 Uhr
1. Samstag im Monat..............................Frühstück ab 11 Uhr

